



GdS SPEZIAL

Sozialversicherung

14. August 2023

Pflegende endlich entlasten!

Der GdS-Bundesvorsitzende Maik Wagner hat den Vorstoß der Unions-Bundestagsfraktion für eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige begrüßt: „Gut, dass auch CDU und CSU sich unserer langjährigen Forderung anschließen. Es braucht endlich eine Leistung für pflegende Angehörige, die – ähnlich wie das Elterngeld – dann ausgezahlt wird, wenn Angehörige ihre Berufstätigkeit einschränken und sich um pflegebedürftige Verwandte kümmern.“

In Deutschland gibt es rund fünf Millionen Pflegebedürftige, von denen mehr als vier Millionen zu Hause gepflegt werden. In der Regel übernehmen nahe Angehörige die Pflege, häufig unterstützt von ambulanten Pflegediensten. „Der Wunsch, nicht in einem Heim, sondern zu Hause gepflegt zu werden, ist stark ausgeprägt. Pflegende sehen sich dann oft mit der schwierigen Entscheidung konfrontiert, in ihrem Beruf kürzerzutreten, um ihren pflegebedürftigen Angehörigen zu helfen. Das Pflegegeld allein kompensiert diesen Einkommensverlust nicht ausreichend“, stellt Wagner fest.

Auch die Ampelkoalition hat erkannt, dass pflegende Angehörige finanziell entlastet werden müssen. Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP heißt es: „Wir [...] ermöglichen pflegenden Angehörigen und Nahestehenden mehr Zeitsouveränität, auch durch eine Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten.“ Der GdS-Bundesvorsitzende greift diese Pläne auf: „Wir nehmen die Bundesregierung beim Wort. Pflegende Angehörige – und wir sprechen hier ganz überwiegend über Frauen – brauchen endlich echte Entlastung

in Form einer Lohnersatzleistung. Ansonsten riskieren wir, dass sie zwischen den Anforderungen von Beruf, Familie und Pflege über kurz oder lang zerrieben werden.“

Erst im Juli hatte der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf seinen Bericht an Bundesfamilien- und Seniorenministerin Lisa Paus übergeben. Eine zentrale Handlungsempfehlung des Berichtes ist die Einführung eines Familienpflegegeldes, das 36 Monate pro pflegebedürftiger Person ausgezahlt werden kann und aus Steuern finanziert wird. „Die Vorschläge des Beirates unterstützen wir ausdrücklich“, so Maik Wagner. „Das Familienpflegegeld muss steuerfinanziert sein, um die Pflegeversicherung nicht zu überfordern. Diese steht bereits jetzt unter immensum finanziellen Druck und bedarf weiterer Reformen.“

Der GdS-Bundesvorsitzende appelliert an die Bundesregierung: „Wir steuern auf die zweite Hälfte der Legislaturperiode zu. Die Einführung eines Familienpflegegeldes kann nicht länger warten. Pflegende Angehörige haben es verdient, dass sie finanziell endlich effektiv entlastet werden.“

Unterstützen Sie uns!

Mitglied werden unter:
www.gds.de/beitritt



GdS Wir kommt weiter

Beitrittserklärung

Bitte einsenden an: GdS-Bundesgeschäftsstelle, Müldorfer Straße 23, 53229 Bonn oder per Fax an: (0228) 9 77 61-46

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur
GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung.

Frau Herr

Name | Vorname

Straße

PLZ | Ort

E-Mail (privat)

E-Mail (dienstlich, falls privat nicht vorhanden)

Telefon | mobil

Beginn der Mitgliedschaft

Geburtsdatum

Status (Arbeitnehmer, DO-Angestellter, Beamter)

Entgelt- | Vergütungs- | Besoldungsgruppe

Arbeitgeber (bitte genaue Beschreibung | Träger)

Regional- | Bezirksdirektion | Haupt- | Bezirksverwaltung | Filiale |
Verwaltungs- | Geschäftsstelle | Servicecenter | Kundenzentrum

Dienstanschrift

Ich wurde geworben durch

Datum | Unterschrift



Mein GdS-Beitrag beträgt 2,50 Euro, da ich zurzeit
Auszubildende(r) | Anwärter(in) | Studierende(r) bin.

Auszubildende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Anwärter(in) von _____ voraussichtlich bis _____

Studierende(r) von _____ voraussichtlich bis _____

Mein GdS-Beitrag beträgt _____ Euro,
das sind 0,75 Prozent meiner Bruttobezüge.

Mein GdS-Beitrag richtet sich nach dem Höchstbetrag, da meine
Bruttobezüge die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen
Krankenversicherung übersteigen.

Ich beantrage den Partnerbeitrag der GdS, da meine Partnerin | mein
Partner ebenfalls GdS-Mitglied ist.

Ich ermächtige die GdS bis auf Widerruf, den sich aus meinen jeweili-
gen Einkünften ergebenden Beitrag per Lastschrift von meinem Konto
einzuziehen. Mir ist bekannt, dass die GdS den Beitrag nach linearen
Gehaltserhöhungen prozentual anpasst.

Ich wünsche die Abbuchung monatlich quartalsweise

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Gläubiger-Identifikationsnummer DE ZZZ 00000 329397

Sondereinbarung:

Ich bitte, meine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft

vom _____ bis _____

auf die GdS-Leistungen anzurechnen.

Ich bitte, die Beitragszahlung zur GdS bis zum Ablauf der Kündigungsfrist

am _____ (bitte genaues Datum) auszusetzen.

Unterschrift